

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Döl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 253

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (84 mm breit) 8 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Mittwoch, den 28. Oktober

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Bandmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1925

Die Krise im Reichskabinett.

Austritt der Deutschnationalen.

Berlin, 26. Oktober.

Reichskanzler Dr. Luther unterrichtete schon gestern im Laufe des Tages den Reichspräsidenten von Hindenburg von dem voraussichtlichen Austritt der deutschnationalen Minister aus der Reichsregierung. Spät abends überbrachten die drei Minister Schiele, Neuhaus und v. Schlieben, veranlaßt durch den Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion, dem Reichskanzler ihr Rücktrittsgesuch. Heute nachmittag übergab Dr. Luther dem Reichspräsidenten das Rücktrittsgesuch, nachdem vorher eine Besprechung der Minister stattgefunden hatte, bei der sich die auscheidenden Herren verabschiedeten. Die übrigen Minister haben sich dem Vernehmen nach dahin entschieden, einen Gesamtrücktritt nicht in Betracht zu ziehen, sondern auf ihren Posten zu bleiben. Reichskanzler Dr. Luther hat dem Reichspräsidenten von dieser Stellungnahme der Minister ebenfalls Mitteilung gemacht. Der Reichskanzler verhandelte im weiteren mit einer Reihe von Parteiführern, auch solche des Kampfstabes, die Beratungen fort. Es steht seine Aufgabe darin, die außenpolitischen Arbeiten fortzusetzen und dem Reichstag rechtzeitig vor dem 1. Dezember das Gesamtresultat dieser Arbeit zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Eine Reichstagsauflösung kommt vorläufig nicht in Frage.

Der für die bisherigen deutschnationalen Reichsminister maßgebende Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion wurde in Anwesenheit von 60 Mitgliedern nach längerer Beratung Sonntagabend gefaßt. Reichsinnenminister Schiele war anwesend, Graf Westarp führte den Vorsitz. Der einstimmig angenommene Beschluß lautete: „In Verfolg des Beschlusses der Reichstagsfraktion vom 21. d. M. und des Parteivorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei vom 23. Oktober billigt die Fraktion den Entschluß der Herren Minister Schiele, Neuhaus und v. Schlieben, noch heute durch den Herrn Reichskanzler ihre Entlassung nachzusuchen.“

Was wird geschehen?

Die durch die teilweise Kabinettskrise bei der Reichsregierung entstandene Lage betrachtet ein parlamentarischer Mitarbeiter wie folgt:

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hat, wie voranzusehen war, ihre Zustimmung zu der Entschließung des Vorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden ihrer Partei gegeben und damit das Vertragswerk von Locarno, wie es vorliegt, abgelehnt. Aus diesem Beschluß haben dann die drei deutschnationalen Reichsminister, die Herren Schiele, Neuhaus und v. Schlieben, die Folgerungen gezogen: sie haben dem Reichskanzler Dr. Luther ihr Entlassungsgesuch überreicht. Der Reichskanzler hat dieses Gesuch dem Reichspräsidenten überreicht.

Was wird nun geschehen? Diese Frage läßt sich nicht ganz leicht beantworten, weil eine ganze Reihe von Möglichkeiten besteht, wie das Kabinett die Regierung weiterführen kann. An einen Gesamtrücktritt des Kabinetts Luther glaubt man zurzeit nicht, trotzdem Dr. Luther parlamentarisch auch für die Weiterführung seiner Politik auf die Sozialdemokratie nicht rechnen kann; das ist von den Organen dieser Partei wiederholt ausgesprochen worden. Technisch denkbar ist natürlich auch, daß die drei erledigten Ministerien vorläufig durch Staatssekretäre verwaltet werden, zum mindesten bis zu der Zeit, da der Reichstag zusammentritt, also voraussichtlich dem 19. November. Es ist aber noch gar nicht sicher, ob nicht der Reichsfinanzminister von Schlieben und der Reichswirtschaftsminister Neuhaus erkränkt werden, ihre Ämter vorläufig beizubehalten, weil diese beiden Herren nicht als Deutschnationalen dem Kabinett beigetreten sind — beispielsweise ist Schlieben nicht Mitglied der Partei —, sondern als Fachleute. Beide sind vor ihrer Ministerzeit leitende Beamte in ihren späteren Ministerien gewesen. Aus Kreisen der Mittelparteien, die einen endgültigen parlamentarischen Bruch mit den Deutschnationalen nicht wollen, also vor allem von der Deutschen Volkspartei, wird diese Lösung empfohlen, da dadurch eine bessere Verwaltung der beiden Ministerien möglich wäre und ferner vor allem die Brücken nach rechts nicht ganz abgebrochen würden. Die größere Autorität eines Ministers garantiert zweifellos auch eine straffere und einheitlichere Leitung des Ministeriums, als wenn ein Staatssekretär diese Leitung in der Hand hat; ein derartiger Staatssekretär, der doch die Leitung vielleicht schon sehr bald abgeben muß, würde sich wahrscheinlich hüten, Entscheidungen zu treffen, durch die er den Nachfolger festlegt.

Der Gedanke der Reichstagsauflösung und Neuwahl, der zuerst ganz im Vordergrund stand, ist wieder etwas zurückgetreten. Das Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahl, die den Deutschnationalen einige Mandate mehr brachte, der Deutschen Volkspartei dagegen eine überraschend große Niederlage zugunsten der Linksparteien bereite, dürfte auf die Entschließungen des Vorsitzenden dieser Partei, Dr. Stresemann, also, vielleicht einwirken in dem Sinne, daß das Ergebnis der Neuwahlen wohl kaum einen Sieg über

die Deutschnationalen Volkspartei bringen würde, sondern bei diesen keine Schwächung verursachen, vielmehr wie in Berlin nur zu einer Verstärkung der sozialistischen Linken führen würde. Man kann nicht daran vorbeigehen, daß die Kommunisten ihre Mandate in der Berliner Stadtverordnetenversammlung verdoppelt haben, diese Partei also anscheinend ihren Tiefstand überwunden hat. An der Stärkung der Linksparteien aber haben natürlich Dr. Luther und Dr. Stresemann kein Interesse, besonders deswegen nicht, weil sich ja die Sozialdemokratie selbst in der Beurteilung des Ergebnisses von Locarno nicht bloß von der Volkspartei sehr stark unterscheidet, sondern auch die ganze Politik Dr. Luthers nicht billigt, auch nicht bezüglich der weiteren Verhandlungen über Locarno.

Daher ist wohl der Gedanke an die Herstellung einer sehr großen Koalition, der gleichfalls namentlich in Zentrumskreisen auftaucht, kaum zu verwirklichen, weil man sich auch in einer solchen Parteikonstellation über Ziel und Methode für die Politik der nächsten Wochen ebenso wenig einig wäre wie in der bisherigen Koalition. Es kann also mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß innerpolitisch eigentlich gar nichts geschieht, was das deutsche Volk in seiner Eigenschaft als Wähler berührt, daß vielmehr Luther und Stresemann, hinter sich ein politisch vorläufig nicht anders wie bisher zusammengefügtes Kabinett, ihre Bemühungen fortsetzen werden, aus dem Vertrag von Locarno herauszuholen, was herauszuholen ist, um schließlich dem Reichstag die Frage des Unterschreibens oder Nichtunterschreibens vorzulegen. Staatsrechtlich liegen ja die Dinge so, daß zwar das Reich durch die Paraphierung und die Unterschrift Luthers und Stresemanns noch nicht gebunden ist. Freilich müßten bei einer Ablehnung der endgültigen Unterschrift des Deutschen Reichstags beide Minister daraus die Folgerung ziehen, zurückzutreten, weil ein derartiger Reichstagsbeschluß nichts anderes als ein Mißtrauensvotum darstellt. Dann bliebe ihnen vor einer derartigen Beschlußfassung noch die Möglichkeit, den Reichstag aufzulösen und in einer Neuwahl das deutsche Volk vor die Frage zu stellen, ob es sich für oder gegen Locarno entscheide. Technisch möglich wäre eine derartige Neuwahl, die dann erst gegen Ende November ins Auge gefaßt werden könnte, natürlich vor dem 1. Dezember nicht mehr; Dr. Luther würde somit schwerlich die Unterschrift vollziehen können, sich aber dann vor den neuen Reichstag stellen müssen, der das Schicksal des Kabinetts nicht nur, sondern auch des von Locarno entscheiden würde.

Stimme aus dem Zentrum.

Berlin, 26. Oktober.

Mit großer Entschiedenheit wendet sich das hiesige Zentrumsorgan, die Germania, in einem Artikel „Die Verantwortlichen“ gegen die Idee, den Vertrag von Locarno ohne die Deutschnationalen vor Auflösung des Reichstages zu verabschieden. Das Blatt schreibt: „Das Zentrum wird nicht einen Finger breit von der Linie seiner Verfassungskonsequenz abweichen. Es wird unter allen Umständen den Geist von Locarno wachhalten, wird sich mit seiner ganzen Kraft dafür einsetzen, daß die Befriedung Europas möglichst bald zur Tatsache wird. Aber dem Wortlaut des Vertrages von Locarno wird und kann es nur zustimmen, wenn auch seine Väter, die Deutschnationalen, mit bei der Partie sind. Findet der Vertrag keine Mehrheit, die von Westarp bis Breitscheid reicht, dann kann dieser Reichstag das Problem Locarno nicht lösen. Und wenn es zur Befragung des Volkes kommt, werden wir dafür sorgen, daß die Situation nicht durch die Fragestellungen wie: „Für oder gegen Locarno“ verwirrt wird.“

Wann wird Köln geräumt?

London, 26. Oktober.

Das Blatt „Daily Express“ läßt sich aus Köln melden, es bestehe für dieses Jahr keine Aussicht auf Räumung des Kölner Brückenkopfes. Eine Entladung des Wiesbadener Gebietes, in das die Besatzung überfiedeln soll, werde wahrscheinlich diese Woche beginnen. Es bestehe die Absicht, wenn der Locarnopakt im Dezember unterzeichnet worden sei, die Räumung Mitte Januar beginnen zu lassen. Gleichzeitig werde keine große Verminderung in der Stärke des britischen Besetzungsheeres vorgenommen werden, da es bereits unter der im Versailler Vertrag festgelegten Stärke sich bewege.

Dazu sagt der amtliche englische Funkdienst: „Die Nachricht, daß der Oberkommandierende der englischen Streitkräfte in Köln angewiesen worden ist, beschleunigte Vorkehrungen für die Räumung dieser Stadt zu treffen, hat in London allgemeinen Beifall gefunden. Die Bewirkung der Räumung erfordert natürlich einige Zeit, aber wenn nichts Unvorhergesehenes eintritt, kann damit gerechnet werden, daß die Räumung am Anfang des neuen Jahres durchgeführt sein wird. Da die Rheinlandsbesetzung eine Angelegenheit der Alliierten ist, wird sich England auch weiterhin daran beteiligen. Die im Rheinland verbleibenden Truppen sollen in die Gegend von Wiesbaden verlegt werden, wo man sie neben den französischen unterzubringen hofft.“

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutschnationalen Reichsminister Schiele, Neuhaus und v. Schlieben haben nach dem Beschluß ihrer Reichstagsfraktion ihren Austritt aus dem Reichskabinett erklärt. Die übrigen Minister werden vermutlich auf ihren Posten bleiben.

* Die Stadtverordnetenwahlen in Berlin ergaben Vermehrung der kommunistischen Vertreter auf das Doppelte und Verminderung der volksparteilichen um Zweidrittel. Dadurch ist, zusammen mit den sozialdemokratischen Vertretern, mit einer sozialistischen Stadtverordnetenmehrheit für Berlin zu rechnen.

* Nach englischen Stimmen soll die Räumung Kölns nunmehr für Anfang oder Mitte Januar in Aussicht stehen.

* Der Völkerbundrat ist in Paris zusammengetreten, um zum griechisch-bulgarischen Grenzkonflikt Stellung zu nehmen.

Um die Räumung Kölns.

Berlin, 25. Oktober.

Wie das englische Bureau Reuters erfährt, wird in London angenommen, daß vor dem Abschluß der demnächst beginnenden Beratungen der Völkerverkonferenz über die in Paris überreichte deutsche Note zur Entwaffnungsfrage ein endgültiger Zeitpunkt für den Beginn der Räumung Kölns nicht festgesetzt werden wird. Immerhin werde erwartet, daß im Hinblick auf das Ergebnis der Verhandlungen von Locarno die Vorkehrungen für die Räumung beschleunigt werden. Reuters betont, die englische Regierung habe, wie schon oft zum Ausdruck gekommen sei, den Wunsch, die Kölner Zone so bald als möglich aufgeben zu können.

Nach englischer Ansicht ist die Note der Reichsregierung, in der sie die Alliierten davon in Kenntnis setzt, was in Deutschland geschehen ist, um den Forderungen der Militärkontrollkommission zu entsprechen, in den wesentlichen Punkten befriedigend. Die englischen Militärbehörden sind beauftragt, die Einzelheiten der Note zu prüfen und unverzüglich über das Ergebnis dem Kabinett Bericht zu erstatten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die deutsch-spanischen Wirtschaftsverhandlungen.

Die deutsche Botschaft in Madrid hat vor einiger Zeit mit der spanischen Regierung die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen deutsch-spanischen Handelsvertrages wieder aufgenommen. Über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen wird gemeldet, daß sowohl die deutsche als auch die spanische Regierung von dem aufrichtigen Wunsche beseelt sind, zu einem erträglichen Abschluß zu gelangen. Die Hauptschwierigkeiten scheinen in den Auseinandersetzungen über die gegenseitige Behandlung der Industrieprodukte zu liegen, da Spanien ebenso wie andere Länder seit den Kriegsjahren eifrig bemüht ist, seine Industrie auf eigene Beine zu stellen. Es ist Deutschland hier wie auch bei den übrigen Handelsverträgen in erster Linie um die gegenseitige Zubilligung der Meistbegünstigung zu tun, während die spanische Industrie ihre Interessen gegenüber der deutschen Einfuhr immer noch eifriger zu vertreten scheint, als sie dies gegenüber den Industrien anderer Staaten getan hat. Bei den Verhandlungen spielen auch die Interessen des Weinbaues und der Obstzucht eine Hauptrolle.

Kriegsminister a. D. Wild v. Hohenborn gestorben.

In Kassel ist nach kurzer Krankheit der Kriegsminister a. D. Wild v. Hohenborn gestorben. Der Verstorbene war noch in den letzten Tagen an den Beratungen der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin beteiligt gewesen. Zurückgekehrt, erkrankte er ganz plötzlich und verstarb, ehe noch ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden konnte. Im Januar 1915 wurde der Verstorbenen als Nachfolger des Kriegsministers und Generalstabschefs von Falkenhahn, der nur das Amt des Generalstabschefs befehligte, Kriegsminister. Dieses Amt bekleidete er bis zum 29. Oktober 1916. Er wurde hier von General v. Stein abgelöst.

Aus In- und Ausland.

Dortmund. Anlässlich einer hier von der Polizei verbotenen Hitler-Versammlung kam es zwischen Polizei, Hitler-Anhängern und Kommunisten zu blutigen Zusammenstößen. Mehrere Hitler-Anhänger, bei denen Waffen gefunden wurden, wurden verhaftet.

Basel. Bei der Volksabstimmung in der Schweiz über eine Abänderung des Verfassungsartikels 69, nach der die Kontrolle über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern in Zukunft der Bundesregierung zusteht, anstatt den Kantonen, wurde das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Paris. Nach einer Meldung aus Madrid wird aus Melilla berichtet, daß Abdel-Krim in Begleitung mehrerer seiner Führer und zweier Europäer nach Tanger unterwegs sei, um mit Frankreich und Spanien Friedensverhandlungen einzuleiten.

Paris. Nach einer Meldung aus Jerusalem sollen die französischen Behörden von den Aufständischen in Damaskus eine Entschädigung von 17 Millionen Franc für die bei den jüngsten Plünderungen angerichteten Schäden sowie die Auslieferung von 3000 Gewehren binnen sechs Tagen gefordert haben.

Paris. Habas meldet aus Santiago de Chile, daß die Präsidentschaftswahlen sich in vollkommener Ruhe

abgespielt haben. Emiliano Figuerra ist mit großer Mehrheit gewählt worden.

Konstantinopel. Zu der vorgeschlagenen Einführung der christlichen Zeitrechnung in der Türkei wird berichtet, daß diese nur für die Berechnung von Daten im öffentlichen Leben geplant ist, während für die religiösen Feste der mohammedanische Kalender beibehalten werden soll.

Die Wahlen in Berlin.

Die bürgerliche Mehrheit gebrochen.

Die Stadtverordnetenwahlen, die am Sonntag in Berlin stattgefunden haben, haben der Reichshauptstadt eine rote Mehrheit gebracht, wenn diese auch nur klein ist. Die bisherige Versammlung setzte sich aus 110 Vertretern der sozialistischen Parteien und 115 Vertretern der nicht-sozialistischen Richtungen zusammen; nach den Neuwahlen verfügen die sozialistisch eingestellten Parteien über etwa 119 Stimmen, denen 106 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegenüberstehen. Allerdings steht es noch nicht fest, ob es zu einer Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten kommen und ob sich überhaupt die Erreichung der Mehrheit der sozialistischen Parteien praktisch auswirken wird.

Im einzelnen werden in der neuen Stadtverordnetenversammlung im Berliner Rathaus erhalten: die Sozialdemokratische Partei etwa 74 Sitze (bisher 46 und 44 frühere Unabhängige), die Deutsche Volkspartei etwa 47 (bisher 42), die Deutsche Volkspartei etwa 13 (bisher 35), die Kommunisten etwa 42 (bisher 20), die Demokratische Partei etwa 21 (bisher 17), die Wirtschaftspartei 9 (bisher 12), die Zentrumspartei 7 (bisher 8), die Unabhängigen Sozialdemokraten 3, die Deutschvölkische Freiheitspartei 3, die Deutschsozialistische Partei 3 (bisher 1), Evangelischer Gemeindefonds 2 (bisher 0).

Am besten haben bei den Wahlen die Kommunisten abgeschnitten, die ihren Besitzstand in Berlin, einer ihrer Hochburgen, mehr als verdoppeln konnten. Ebenso hat die Rechte etwas gewonnen, da außer dem Mandatszuwachs der Deutschen Nationalen auch die Völkischen, die Deutschsozialen und der Evangelische Gemeindefonds an Stimmen gewonnen haben. Auch die Demokraten haben einen Stimmenzuwachs erfahren, während die Deutsche Volkspartei am schlechtesten bei den Wahlen abgeschnitten hat, da sie fast zwei Drittel ihrer Mandate eingebüßt hat. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 60 Prozent.

Blutige Zusammenstöße.

Während des Wahltages ist es an mehreren Stellen Groß-Berlins zu blutigen Zusammenstößen zwischen den feindlichen Parteien gekommen. Am schlimmsten verlief eine Schlägerei zwischen Deutschen Nationalen und Kommunisten, die eine Viertelstunde andauerte. Die Demonstranten schlugen mit Pfaffensteinen, Lysol- und Salzwasserflaschen aufeinander los, so daß eine ganze Anzahl von Personen am Kopf und im Gesicht teilweise schwere Verletzungen erlitten. Vier Deutsche Nationalen sind schwer verletzt. Weitere sechs Personen sind durch Glasplitter und Steinwürfe leichter verwundet worden.

Linksmeierheit in Landsberg a. d. W.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Landsberg a. d. Warthe, die ebenfalls am Sonntag stattfanden, haben die Rechtsparteien, die bisher mit 21 Sitzen die Mehrheit hatten, 5 Sitze verloren, während die Sozialdemokraten von 9 auf 13 Vertreter stiegen, die Demokraten erhalten 2 (bisher 0), Zentrum 1 (bisher 0), Mieter 4 (bisher 7), die Kommunisten 2 (1) Vertreter.

Landtagswahlen in Baden.

Geringe Wahlbeteiligung. — Kleinerer Landtag.

In Baden haben am Sonntag Neuwahlen zum Landtag stattgefunden. Nach dem amtlichen Ergebnis wird der Landtag 72 (bisher 86) Abgeordnete zählen. Es entfallen auf Zentrum 28 (34), Sozialdemokraten 16 (21), Demokraten 6 (7), Rechtsblock (Deutschnationale und Landvolk) 9 (14), Deutsche Volkspartei 7 (5), Kommunisten 4 (4) und Wirtschaftliche Vereinigung 2 (1) Sitze. Somit haben das Zentrum 6 Sitze, die Sozialdemokraten 5, Demokraten 1, Rechtsblock 5 Mandate verloren, während die Deutsche Volkspartei einen Gewinn von 2 Sitzen und die Wirtschaftliche Vereinigung von einem Sitz zu verzeichnen haben.

Zusammen wurden im ganzen Lande 770 041 (901 670 im März 1921) gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Zentrum 283 404 (341 438), Sozialdemokraten 160 533 (231 613), Demokraten 66 842 (76 254), Rechtsblock 93 727 (151 125), Deutsche Volkspartei 72 882 (54 426), Kommunisten 47 304 (35 375), Wirtschaftliche Vereinigung 22 858 (11 429) Stimmen. Die kleineren Parteien erhielten Deutschvölkische Freiheitspartei 6590, Deutsche Aufwertungspartei 4146, Pächtervereinigung 2829 und Nationalsozialisten 8896 Stimmen.

Die schlechte Beteiligung an der Wahl, zu der elf Parteien aufmarschiert waren und die im Durchschnitt 50 bis 55 % betrug, wirkte sich vor allem auf die Zentrumspartei,

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

76

Nachdruck verboten

Max fragte, ob er noch ein Zimmer bekommen könne für die Dauer der Ferien, und die Oberin antwortete, es sei eigentlich kein Platz, aber für den Freund ihrer lieben Frau Molly würde sich schon noch eine Zelle finden lassen. Dann setzte sie mit eigentümlichem Lächeln hinzu:

„Es ist Zeit, Herr Doktor, daß unser lieber Gast etwas Zerstreuung findet. Diese ewigen Gedanken, immer das Sinnieren über die Vergangenheit, das taugt nichts.“

Max lächelte, wie recht die Klosterfrau hatte, und er hoffte zuversichtlich, daß die Zeit erfüllt sei, hatte sich Molly ihm doch nicht entzogen, nicht gebeten, er möge wieder abreisen, sie nicht in ihrer Einsamkeit stören, ja es war ihm, als ob ein schwacher Schimmer von Glück aus ihren Augen geleuchtet hätte, als sie vernahm, er wolle die Ferien hier oben zubringen.

Nachdem er seine Zelle besichtigt hatte, begab er sich in den Speisesaal hinunter zum Frühstück, und dann sagte ihm die aufwartende Schwester, Frau Oberförster ließe ihn bitten, sie und die Kinder zu einem Spaziergang um die Heidenmauer zu begleiten.

Wie ihn das beglückte. Mit fast auffälliger Eile beendigte er sein Frühstück und ging hinaus, wo unter den schattigen Linden des Klosterhofes Molly seiner wartete.

„Bist du nicht zu müde, unsern Morgen Spaziergang zu teilen?“

„Dir einen Wunsch zu erfüllen, wirst du mich nie müde finden.“

„Ich wußte es. Wir müssen ja doch miteinander sprechen, nicht wahr? Es ist so lange her, ach so lange.“

die Sozialdemokratische Partei, den Rechtsblock und die Demokratische Partei aus, die zum Teil eine erhebliche Einbuße an Stimmen erlitten. Unter den Parteien, die einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben, steht die Deutsche Volkspartei an der Spitze. Es folgen die Kommunisten und dann die Wirtschaftliche Vereinigung. Die Wahl ist im ganzen Lande ruhig verlaufen.

Kredite für die Landwirtschaft.

Berlin, 25. Oktober.

Die Kreditlage der deutschen Landwirtschaft bildete den Gegenstand einer erneuten Verhandlung, zu der der Reichsminister Graf von Helldorf Vertreter der Landwirtschaft aus verschiedenen Landesteilen unter Hinzuziehung von Vertretern der zentralen Kreditinstitute empfangen hatte. Aus den einzelnen Gebieten wurde sehr eingehendes Material über den Umfang der laufenden Verbindlichkeiten und über die zurzeit sehr beschränkte Verwertungsmöglichkeit der diesjährigen Ernte vorgelegt. Seitens der Kreditinstitute wurde bei einer Reihe von Kreditgruppen die Möglichkeit gewisser Erleichterungen, auch über das allgemeine bisher zugestandene Maß hinaus, in Aussicht gestellt, wenn auch kein Zweifel darüber gelassen werden konnte, daß selbst in denjenigen Bezirken, die jetzt zwei Jahre hintereinander von ausnahmsweise schweren Witterungsbedingungen betroffen worden sind, ein gewisses Maß von Abzahlung gewährleistet sein muß. Andererseits wurde von landwirtschaftlicher Seite besonderer Wert darauf gelegt, daß die Kreditfrage nicht als alleinstehendes Problem, sondern im engsten Zusammenhang mit der Absatzfrage und den steuerlichen Verpflichtungen verhandelt werden müßte. Seitens der an der Besprechung beteiligten Finanzministerien des Reiches und Preußens wurde eine weitere Erörterung über die in den Notgebieten seit dem Sommer entstandenen Steuerrückstände zugesagt.

Zusammentritt des Völkerbundes.

Vor Beilegung des Konfliktes?

In Paris ist der Völkerbund zur Beilegung des griechisch-bulgarischen Zwischenfalles zusammengetreten. Frankreich ist durch Briand, England durch Chamberlain, Italien durch Scialoja vertreten. Brasilien, Uruguay und Spanien lassen sich durch ihre Botschafter in Paris vertreten. Bulgarien läßt sich durch seinen Gesandten in Paris, Marlow, vertreten, während Griechenland den Militärattaché der Genfer Gesandtschaft Maphopoulos sowie den Pariser Gesandten Karapanos zum Völkerbundratsitzung delegiert hat. Da Griechenland bereits schriftlich von vornherein seine Annahme des Schiedsspruches des Völkerbundes erklärt hat, nimmt man an, daß der Konflikt wird schnell beigelegt werden können.

Die Meldungen aus Sofia und Athen über den augenblicklichen Stand an der Grenze sind die gleichen geblieben. Aus Sofia wird gemeldet, daß die Griechen das Feuer noch nicht eingestellt hätten und außerdem plünderten. Athen behauptet in einer Note an den Völkerbund, daß die griechische Regierung einverstanden sei, sich dem Schiedsspruch des Völkerbundes zu unterwerfen und ihre Truppen zurückzuziehen. Das Zurückziehen der Truppen werde sogleich erfolgen, wenn die Bulgaren ihr Feuer auf die Griechen und namentlich gegen den Grenzposten Nr. 69 einstellen, den Griechenland bisher wegen des ständigen Unterfeuerhaltens nicht wieder hätte einnehmen können. Die griechischen Truppen müßten ferner gegen alle möglichen Zwischenfälle gesichert sein, die während der Räumung des Gebietes durch das Nachdrängen der an der Grenze angesammelten bulgarischen Truppen entstehen könnten.

Der griechisch-bulgarische Konflikt.

Sofia, 25. Oktober.

Nach einer Mitteilung aus dem Kriegsministerium haben die griechischen Truppenbewegungen auf der ganzen Linie aufgehört. Die Positionen der Griechen sind von denselben durch weiße Fahnen kenntlich gemacht. Die Soldaten werfen Schützengräben aus. Petrisch ist von den griechischen Vorpösten verlassen. Das Gros der griechischen Truppen steht unmittelbar vor der Stadt, und griechische Flugzeuge zeigen eine lebhafteste Tätigkeit über dem ganzen Strumatal. Der durch die zweimalige Beschließung von je ein und zwei Stunden der Stadt Petrisch verursachte Schaden wird bei oberflächlicher Schätzung auf 25 Millionen Leva geschätzt.

Zu der in Paris stattfindenden Sitzung des Völkerbundes hat sich eine bulgarische Abordnung in Begleitung juristischer Sachverständiger begeben, um den bulgarischen Standpunkt zu vertreten. Die Eröffnung der Pariser Tagung zur Erörterung des Konfliktes ist jetzt auf Montag nachmittag angelegt. Chamberlain wird Montag mittag in Paris eintreffen.

Die griechische Regierung hat im Prinzip beschlossen, die Einladung nach Paris anzunehmen und ihren Gesandten in Paris, Karapanos, mit ihrer Vertretung beauftragt, sie wird außerdem einen militärischen Delegierten nach Paris entsenden.

daß wir nicht mehr gesprochen haben.“

Sie gingen langsam nebeneinander hin, bald über glatten Waldboden, von Bäumen beschattet, bald über eine kahle Höhe, wo flüchtige Steine unter ihren Füßen ins Tal niederrollten. Vor ihnen stürmten die beiden Knaben hierhin und dorthin, sie kletterten auf die alte Heidenmauer hinauf und an der anderen Seite herunter, blieben zurück, hielten sie dann wieder ein, um wieder von neuem ihren Kreislauf zu beginnen.

„Die glücklichen Kinder,“ begann Molly wieder nach einer Weile. „Ihre Jugend hebt sie über alles hinweg. Sie kennen die rauhe Seite des Lebens noch nicht.“

„Danke Gott dafür. Sollen sie vielleicht ewig ihren Schmerzen nachhängen wie du? Sollen sie sich und andern das Leben verbittern, sollen sie durch trübe Gedanken das Glück für immer von sich scheuchen?“

„Du machst mir Vorwürfe, mein Freund, aber kann ich anders sein, als ich bin? Kann ich meinen Empfindungen gebieten? Siehst du, es läßt mich ja nicht los, es hält mich wie mit geheimnisvollen Geisterhänden fest, und ich weiß es, was es ist. Es ist die Sünde, der frevelhafte Wunsch, das zu scheiden, was Gott gemeint hatte. Um mich zu strafen, ging der Wunsch in Erfüllung.“

„Sprich nicht davon, laß die Vergangenheit ruhen, sie ist dunkel und leer. Sieh den Sonnenschein, der um uns lacht, genieße die Gegenwart und glaube mir, wenn du gefehlt hast, ist dir verziehen, du hast gebüßt. Aber du hast ja nicht gefehlt, du hast vielleicht geirrt, und in die Reue über deinen Irrtum hinein klang ganz leise der Wunsch nach Erlösung.“

„Aber dieser Wunsch hat ihm das Leben gekostet.“

„Nein, Molly, sein Geschick war erfüllt, er konnte nicht mehr unter uns bleiben. Die Last seiner Schuld hat ihn in

General Kuhl über den Zusammenbruch.

Der Dolchstoßprozeß in München.

(6. Tag.)

München, 26. Oktober.

Im Prozeß Cohnmann-Münchener Post wurde am Montag die Beweisnahme fortgesetzt. Hauptmann a. D. Züttner (Halle) bezeugte, er sei fest überzeugt, daß dem deutschen Volk der Glaube an den Sieg durch systematische Veräufung und Hege genommen worden sei, die von radikal-sozialistischer Seite ausging. Zeuge schilderte Beobachtungen über die

revolutionäre Bewegung in der belgischen Etappe.

Zeuge und Sachverständiger General der Infanterie a. D. von Kuhl (Berlin) führte aus, man könne nicht behaupten, daß wir den Krieg lediglich durch die Unterwühlung des Heeres verloren hätten.

Die Ursachen des Zusammenbruchs

bildeten zum Teil die Blockade, das Fehlen des Erfasses im Sommer 1918, die große Überlegenheit der Gegner nach dem Eingreifen der Amerikaner auf dem Kriegsschauplatz in einer Stärke und mit einer Schnelligkeit, die ursprünglich nicht angenommen wurde, der Zusammenbruch Bulgariens und der Türkei, und die völlige Erschöpfung Österreichs und Ungarns. Die Oberste Heeresleitung habe 1918 das menschenmögliche geleistet. Vom 18. Juli 1918 bis zum Waffenstillstand habe das Heer an Toten und Verwundeten etwa 420 000 Mann, an Gefangenen und Vermissten einschließlich der ungeheuren Zahl von Fahnenflüchtigen, etwa 340 000 Mann verloren. Bei den Fahnenflüchtigen habe es sich hauptsächlich um Leute gehandelt, die aus der Heimat kamen und dort verhebt wurden. Auch die Vertriebsstoffe für Flieger und Kraftwagen seien im Sommer 1918 sehr knapp geworden. Wenn also festzustellen sei, daß nicht der Dolchstoß allein zum Zusammenbruch geführt habe, so müsse man doch sagen, daß pazifistische, antimilitaristische und internationale Bestrebungen, vor allem die von der Heimat ausgehende revolutionäre Unterwühlung des Heeres, zum Zusammenbruch des Heeres ganz wesentlich beigetragen hätten. Zeuge General von Kuhl stellte unter Hinweis auf Schriften und Äußerungen aus den Kreisen der U. S. P. weiter fest, daß die Vorbereitung der revolutionären Propaganda nicht erst 1918, sondern schon erheblich früher begann. Man könne auch nicht behaupten, daß das Scheitern der Offensive von 1918 die antimilitaristische Stimmung heraufbeschworen habe. Der Erfolg aus der Heimat sei

zum großen Teil versenkt und verdorben

gewesen. Die aus dem Osten kommenden Mannschaften seien zum großen Teil dem Bolschewismus verfallen gewesen. Besonders bemerkbar machten sich die antimilitaristischen revolutionären Bestrebungen im Frühjahr und Sommer 1918. Die Behauptung, daß die Oberste Heeresleitung von diesen Vorgängen nichts gewußt und erst nach dem Kriege davon gesprochen habe, sei eine eklatante Unrichtigkeit. Wenn die Revolution nicht

dem Heere in den Rücken gefallen

wäre, hätte der Krieg weitergeführt werden können, um mildere Bedingungen zu erhalten. Die Revolution habe im letzten Augenblick dem Heere den Dolch in den Rücken gestochen. General von Kuhl stellte weiter fest, daß der im Oktober geplante Flottenvorstoß für den rechten Flügel der Armee von größter Bedeutung hätte werden können, da er den Rückzug erheblich erleichtert hätte. Eine Entlastung für die ganze Front wäre die Folge gewesen. Zusammenfassend erklärte der Sachverständige, daß das Wort vom Dolchstoß für die plötzliche und verheerende Wirkung der Revolution selbst zureiche. In dem Sinne, als ob die Heimat dem siegreichen Heere in den Rücken gefallen sei und als ob dadurch der Krieg verloren worden sei, treffe das Wort vom Dolchstoß nicht zu. Hinsichtlich der pazifistischen, antimilitaristischen Unterwühlung des Heeres müsse von einer Vergiftung gesprochen werden.

Sodann wurde der preussische Landtagsabgeordnete Kuttner, der frühere Schriftleiter des „Vorwärts“, als Zeuge vernommen. Wir waren bei Kriegsausbruch der Überzeugung, so erklärte er, daß es galt, Deutschland vor tatsächlichen Einsinken des zaristischen Imperiums zu schützen. Ich bin mehrfach im Kampf mit Spartakus in Lebensgefahr gewesen. Im Jahre 1916 hatte Kuttner die Schriftleitung der Sozialdemokratischen Sendepost übernommen, die von Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei gegründet wurde, um den an der Front stehenden Parteigenossen die Politik der Sozialdemokratischen Partei plausibel zu machen, nämlich die Politik der Landesverteidigung. In den zahlreichen Briefen von der Front, die der Sendepost zugehen, hieß es allgemein, daß man bereit sei, durchzuhalten, aber die Zustände in der Etappe und Heimat

verleideten den Leuten das Durchhalten.

Solche Briefe erhielt ich nicht nur von Sozialdemokraten, sondern hundertweise von Soldaten, die mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hatten. Im Februar 1918 sind, wie ein Frontoffizier ihm erzählte, 120 000 Briefe im Felde zurückgehalten worden, um die Stimmung der Truppen zu erforschen.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 28. Oktober 1925.

□ Frühlingseter im Herbst. Optimisten geben bereits die Pelzmäntel wieder in Rauchwarengeschäfte, um sie vor den Motten zu schützen. Das große Wetterwunder ist über uns gekommen, neuer Frühling blüht aus den Wetterprognosen, der Winter drückt, und besonders Hoffnungsfrage denken an eine Disfereise zu Weihnachten. Die Vernünftigen und die Pessimisten lassen sich natürlich noch nicht zu unbefonnenen Schritten hinreißen. Sie fragen mit Recht, wie lange wohl die neue Wärme anhalten wird, und vor allem, woher sie kommt. Stetizismus ist

die Fluten niedergedrückt, nicht deine Wünsche, glaube mir. Die Flammen seiner Leidenschaft haben ihn selbst verzehrt, ein gültiges Geschick hat ihm endlich die Ruhe gebracht, die er auf der Erde nie finden sollte, nie finden konnte. Ihn können wir glücklich preisen. Sollen wir aber um feinsten Willen dulden, zurückstehen? Sollen wir den Becher, den uns das Schicksal an die Lippen setzt, nicht freudig leeren?“

„Ich kann es nicht.“

„Dann will ich schweigen, dann laß uns nicht mehr davon sprechen. Es ist genug.“

Er war still geworden. Stolz und gekränkt schritt er neben ihr her und vermied es, sie anzusehen. Seine Blicke schweiften weithin über die Wipfel der Bäume nach dem hellen Himmel. Er schaute in entlegene Fernen, absichtlich, als ob er das Nächste übersehen, als ob er seine Seele hinwegheben wollte über das Alltägliche, damit sie frei werde von allem Erdenleid und aller Erdenqual.

Da tauchten vor ihm aus dem Wald die beiden Knaben auf. Sie sprangen auf ihn zu, faßten ihn an der Hand und zogen ihn mit sich fort in dem wilden lustigen Lauf der Jugend, hinein in den Wald, über Geklipp und Geröll hinweg nach der alten Heidenmauer, der Hochwarte versunkener Größe.

Molly blieb allein. Sie blickte ihm nach, wie er hing, an jedem Arm einen Knaben hängend, wie er mit ihnen plauderte, dorthin und dahin deutete, Erklärung gebend, wohl auch ein Scherzwort einwebend, denn das silberhelle Lachen der Kinder klang durch die Bäume zu ihr herüber. Eine tiefe Wehmut erfaßte sie, und Tränen traten ihr in die Augen. Hatte sie ein Recht, ihren Kindern diesen liebevollen Freund zu nehmen? Was waren Knaben ohne einen Vater? Und sie konnte ihnen einen solchen Vater geben!

(Schluß folgt.)

Kleine Nachrichten.

Deutsches Eigentum in Amerika.

Berlin, 25. Oktober. Nachdem am Anfang dieses Jahres der oberste amerikanische Gerichtshof den Antrag auf Unwirksamkeitserklärung der englischen Beschlagnahme über deutschen Besitzern gehörige amerikanische Aktienzertifikate abgelehnt hatte, ist nunmehr unter veränderten Gesichtspunkten eine neue Gerichtsentscheidung in Amerika ergangen, die geeignet ist, die Aussichten einer Wiedererlangung dieser Werte für die deutschen Besitzer zu erhöhen. Der Bund der Auslandsdeutschen, Abteilung Amerika, Berlin, Luisenstr. 27/28, ist bereit, Interessenten kostenlos nähere Auskunft zu erteilen.

Novembermiete in Preußen unverändert.

Berlin, 25. Oktober. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, tritt in der Berechnung der gesetzlichen Miete für den Monat November gegenüber dem Vormonat keine Änderung ein. Es bleibt bei dem Oktoberfuß in Höhe von 82 bzw. 78 %.

Andersen-Fest in Berlin.

Berlin, 25. Oktober. In der Preussischen Staatsbibliothek wurde heute die aus Anlaß des 50. Todestages Christian Andersen veranstaltete Ausstellung feierlich eröffnet. Unter den geladenen Gästen sah man den preussischen Kultusminister Dr. Becker, den dänischen Gesandten, Kammerherrn Jähle, Professor Karl Larzen und zahlreiche Vertreter des geistigen Lebens. Kultusminister Dr. Becker eröffnete die Ausstellung und würdigte mit warmen Worten das Wirken des großen Märchendichters. Der dänische Gesandte Jähle gab dann im Namen seines Landes seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Ausstellung ein so vollkommenes Bild von dem Wirken des Dichters gebe.

Abweisung der Aufwertungsanträge gegen die Reichsbank.

Berlin, 25. Oktober. In den Sachen Jacentsch gegen Reichsbank und Winter gegen Reichsbank wegen Aufwertung aller Reichsbanknoten auf 1000 Mark stand vor dem Kammergericht Termin zur Verhandlung über die von den Klägern eingelegte Berufung an. Nach ausführlichen Verhandlungen verurteilte das Gericht sein Urteil dahin, daß beide Berufungen zurückgewiesen werden. Demnach hat auch das Kammergericht wie das Gericht erster Instanz die Bestrebungen des sogenannten Reichsbankgläubigerverbandes für unrechtmäßig erklärt.

Schaumburg-Lippe und Preußen.

Berlin, 25. Oktober. Zwischen der Schaumburg-Lippeschen Landesregierung und einem vom Lippeschen Landtag besonders gewählten Ausschuss fanden Besprechungen mit einem vom preussischen Innenministerium entsandten Regierungskommissar über die Frage des Anschlusses von Schaumburg-Lippe an Preußen statt. Die Aussprache ergab Einmütigkeit dahin, daß die Verhandlungen mit Preußen weitergeführt und ihr Ergebnis in der allernächsten Zeit dem Landtag vorgelegt werden soll.

Macdonald in Berlin.

Berlin, 25. Oktober. Der frühere englische Ministerpräsident Ramsay Macdonald traf, von Prag kommend, hier ein. Zu seinem Empfang waren der englische Botschaftsrat und einige Herren der englischen Botschaft auf dem Anhalter Bahnhof erschienen. Nach der Begrüßung begaben sich die Herren in die englische Botschaft, wo Macdonald für die Dauer seines Aufenthaltes in Berlin Wohnung nehmen wird.

Strafverfahren Molinari.

Breslau, 25. Oktober. Nachdem das Ermittlungsverfahren in der Strafsache Molinari abgeschlossen ist, befindet sich nunmehr die Angelegenheit im Stadium der Voruntersuchung, die voraussichtlich im Laufe des Monats November beendet sein wird. Das Verfahren erstreckt sich nicht nur gegen den in Haft befindlichen Mitinhaber der Firma Molinari und Söhne, den Kaufmann Arnold Grzimek, sondern auch gegen den Träger des Namens der Firma, den Kaufmann Jakob Molinari (bekannt durch den Roman „Soll und Haben“), und gegen die vier Prokuristen der Firma. Die Beschuldigung lautet auf Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug. Nur Grzimek befindet sich in Haft.

Familien drama.

Börsch, 25. Oktober. Der frühere Verleger des hiesigen „Oberländer Boten“ Gutsch wurde von seiner Frau durch Schüsse in Kopf und Brust getötet. Die Ursache der Tat, die erfolgte, während Gutsch beim Mittagessen war, ist noch nicht restlos aufgeklärt, dürfte aber in zerrütteten Familienverhältnissen liegen. Der Getötete stand am Ende der fünfziger Jahre. Die Täterin wurde verhaftet.

Unterschlagungen durch Postbeamte.

Bacharach, 25. Oktober. Ein Posthelfer und eine Kriegerwitwe, die beim hiesigen Postamt angestellt waren, entnahmen der Postkasse insgesamt 11 200 Mark und verdeckten dies durch falsche Buchungen. Bei der Hochzeit des Hauptbeteiligten wurden die Unterschlagungen eingestanden. Die Beteiligten erklärten sich bereit, die entwendeten Summen sicherzustellen. Sie wurden ihres Dienstes enthoben. Befinden sich aber auf freiem Fuße.

Großes Schadenfeuer.

Aschaffenburg, 25. Oktober. In Krombach (Unterfranken) ist die Zigarrenfabrik Nees vollständig niedergebrannt. Erst gegen Morgen konnte das Feuer eingedämmt werden. Durch den Brand sind über 100 Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos geworden.

Neuer ungarischer Gesandter in Berlin.

Budapest, 25. Oktober. Der neue ungarische Gesandte für Berlin, Koloman von Kania hat sich nach Berlin begeben.

Europäische Eisenbahnkonferenz.

Haag, 25. Oktober. Die offizielle Tagung der Europäischen Eisenbahnkonferenz wurde mit einer Rede des Präsidenten Schaff-Schweiz geschlossen. Die Konferenz beschloß, ihre nächstjährige Tagung in Deutschland, und zwar vom 11. bis 16. Oktober in Baden-Baden, abzuhalten. Bezüglich des deutsch-holländischen Eisenbahnverkehrs wurde beschlossen, während des ganzen Jahres täglich eine beschleunigte D-Zugverbindung mit München über Emmerich einzurichten. Ferner soll die tägliche Verbindung mit dem Haag über Bentheim beträchtlich verbessert werden, während gleichzeitig eine neue Zugverbindung mit Hamburg eingeführt wird, die in Osnabrück Anschluß an den Berliner D-Zug erhält.

Der Sturz des französischen Franc.

Paris, 25. Oktober. Aus Newyork wird gemeldet, daß die französische Devisen den niedrigsten Stand seit zwanzig Monaten erreicht hat. Für 100 Franc wurden vier Dollar zehn Cent gezahlt.

Macdonald bei Dr. Stresemann.

Berlin, 26. Oktober. Zu Ehren des in Berlin weilenden ehemaligen englischen Ministerpräsidenten Macdonald fand heute abend bei dem englischen Botschaftsrat Lord d'Alverton ein Empfang statt. Morgen mittag wird Reichsaussenminister Dr. Stresemann zu Ehren Macdonalds ein Frühstück geben.

Der Reichszentralrat an den Reichsländerrat.

Berlin, 26. Oktober. In einem Antwortschreiben auf die Einladung des Reichsländerrates zu der erweiterten Vertreterversammlung am 28. d. M. betont Staatssekretär Kempner im Auftrage des Reichszentralrates, daß der Reichszentralrat die große Notlage der Landwirtschaft mit lebhaftester persönlicher Sorge verfolgt. Die Reichsregierung sei gern bereit, gemeinsam mit den Vertretern der deutschen Landwirtschaft mit aller Kraft dieser Notlage zu steuern. An der Tagung des Reichsländerrates wird für die Reichsregierung Reichsminister Graf Kautz teilnehmen. Im Anschluß an die Tagung des Reichsländerrates wird die Reichsregierung ihre Beratungen darüber zum Abschluß bringen, was sie zur Behebung der Produktions-, Kredit- und Absatzschwierigkeiten der Landwirtschaft zu tun gedenkt.

Die Strauß-Festern in Österreich.

Wien, 26. Oktober. In ganz Österreich fanden gestern große Strauß-Festern statt. Vom frühen Morgen bis in die späten Abendstunden herrschte überall reges Leben. Den Höhepunkt der Feierlichkeiten in Wien bildete die große Jubiläumssfeier von dem Strauß-Denkmal im Stadtpark. Hierzu war das ganze offizielle Österreich mit dem Bundespräsidenten Hainisch an der Spitze erschienen. Bundespräsident Hainisch sagte in seiner Ansprache, daß es ihm unerklärlich sei, wie eine wilde Trommelsturm die schönen Wiener Walzer von Strauß habe vertreiben können.

Frankreichs Rabinetsrat.

Paris, 26. Oktober. In einem heute abgehaltenen Kabinettsrat erstattete Außenminister Briand Bericht über die auswärtige Lage. Finanzminister Caillaux hat erklärt, daß Mitteilungen, die ihm vom Außenministerium gemacht worden seien, Verkäufe von Franc und Anläufe von Pfund Sterling durch Franzosen im Ausland ausgedeutet haben. Finanzminister Caillaux hat eine Untersuchung angeordnet. Justizminister de Monzie hat seinerseits im Ministerrat mitgeteilt, er habe beschlossen, eine gerichtliche Untersuchung gegen Unbekannt einzuleiten, um festzustellen, ob Spekulationen gegen den Franc stattgefunden haben. Finanzminister Caillaux hat alsdann die Finanzprojekte vorgelesen, in deren Prüfung eingetreten wurde, die in einem Kabinettsrat morgen weitergeführt werden soll. Dieser Kabinettsrat unter Vorsitz des Präsidenten der Republik soll über das weitere Verbleiben des Kabinetts Painlevé wichtige Beschlüsse fassen.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 26. Oktober

* **Börsenbericht.** Die neue innerpolitische Situation, wie sie durch die Kabinettsumbildung gegeben ist, wurde an der Börse ungünstig beurteilt; es kam zu teilweise nicht unerheblichen Kurseinbußen, im übrigen war die Börse völlig lustlos. Auch der Markt der inländischen Anleihen war schwach. Am Geldmarkt stellte sich tägliches Geld auf 7,50 bis 9,50 %, monatliches Geld auf 10—11,50 %.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,34—20,39; holl. Gulden 168,87—169,29; Danz. 80,68 bis 80,88; franz. Frank 17,12—17,16; belg. 19,13—19,17; Schweiz. 80,74—80,94; Italien 16,66—16,70; schwed. Krone 112,31—112,59; dän. 103,57—103,83; norw. 85,29—85,51; tschech. 12,42—12,46; österr. Schilling 59,12 bis 59,26.

* **Eierbörse.** a) für inländische Eier: frische Inlandsseier über 55 Gramm 20 Pfg., frische Inlandsseier unter 55 Gramm 16 Pfg.; b) für ausländische Eier: extra große Eier 23—24 Pfg., große Eier 21½ Pfg., normale Eier 13—14½ Pfg., abweichende Eier 11—12 Pfg., kleine und Schmutzeier 10½ bis 11½ Pfg., Küchenseier 12—13½ Pfg., italienische und dänische Küchenseier 15½—18 Pfg. Tendenz: flau, Bitterung warm.

* **Produktenbörse.** Das Angebot vom Inlande ist für Weizen nur mäßig, es besteht weiter Frage für den Export, während im Lande selbst bei dauernd schleppendem Weizenmarkt die Kaufkraft zurückhaltend ist. Für Roggen war wieder zur Beladung fälliger Dampfer Kaufkraft der Riffe vorhanden und auch die Mühlen befanden sich in Kaufkraft, während das Provinzangebot durchaus mäßig blieb. Gerste ist viel offeriert und schwer veräußlich. Hafer in mittleren Sorten viel angeboten und auch schwer zu verkaufen, gute Knapp und meist zu hoch gehalten. Futterartikel blieben still.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	26. 10.	24. 10.		26. 10.	24. 10.
Weiz., märk.	212-215	209-212	Weizfl. f. Brl.	11-11,3	11-11,3
pommerscher	—	—	Roggl. f. Brl.	8,9-9,2	8,9-9,2
Rog., märk.	143-147	141-145	Naps	—	—
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vikt.-Grbf.	26-32	26-32
Bräugerfe	196-218	196-218	fl. Speiseerbf.	25-27	25-27
Feinstergerfe	157-163	156-162	Wintererbfen	20-23	20-23
Hafer, märk.	165-175	165-175	Beluschten	18-19	18-19
pommerscher	—	—	Aderbohnen	20-22	20-22
westpreuß.	—	—	Widen	22-25	22-25
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	12-12,5	12-12,5
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	—	—
fln. br. inf.	—	—	Seradella	—	—
Erd. (feinst.)	—	—	Napsfuchsen	15,0-15,2	15-15,2
Mrt. u. Not.	26,7-30,7	26,5-30,5	Leinfuchsen	21,8-22	22
Roggenmehl	—	—	Trodenschl.	8,3-8,6	8,5-8,7
p. 100 Kil. fr.	—	—	Soya-Schrot	20,2-20,3	20,1-20,3
Berlin br.	—	—	Torfm. 30/70	9,4-9,6	9,4-9,6
inf. Erd.	21-23,2	20,7-23	Kartoffelsf.	13,6-14	14-14,3

Städtischer Viehhof Elberfeld.

Elberfeld, 26. Okt. Auftrieb 1007 Stück Großvieh, davon 392 Ochsen, 82 Bullen, 430 Färsen und Kühe, 60 Fresser, 2297 Schweine, 349 Kälber, 21 Schafe. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht: 1. Rinder: Ochsen a. 56—58, b. 53—55, c. 42—46, d. 35—40. Bullen a) 48—50, b) 40—44, c) 30—35, Färsen und Kühe: a) 54—56, b) 50—52, c) 40—45, d) 30—35, e) 20—30. Jungvieh: a) 30—35, 2. Kälber: a. — b. 90—95, c. 85—90, d. 75—80, e. 60—70 3. Schafe: Weidejagde: a) 50—55, b. 30—40, 4. Schweine: a. 92—94, b. 90—92, c. 88—90, d. —, e. 80—85, f. 80—85.

Tendenz des Marktes: Großvieh sehr langsam, Schweine und Kälber mittleres Geschäft. Aus dem Auslande wurden in der vergangenen Woche eingeführt: 192 Rinderviertel, 95 Schweine 37 Kälber und 1 Schaf.

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Mädchen

23 Jahre sucht zum 1. Nov. evtl. auch später Stellung im Geschäfts- haushalt

Zuerfrag. in d. Geschf. d. Mlg. Anz. Halver.

Morgen-Mädchen

Zu erfrag. in d. Geschf. d. Mlg. Anz. Halver.

Ordl. Mädchen.

Zu erfrag. in d. Geschf. d. Mlg. Anz.

Sulnierern

zur Saat liefert preiswert Albert Herdepe, Halver, Telefon 40.

Sulnierern

abzugeben.

E. Bormann, Neuen-Wahlfeld.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgehe unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen unseren innigsten Dank.

Halverscheid, den 27. Okt. 1925.

Familie Peter Halverscheid.

Pfadfinder-Räder

Versand nur gegen Nachnahme.
Herrenräder M. 65.— 68.— 72.— 85.—
Damenräder M. 72.— 76.— 80.— 96.—
mit Freilauf u. Rücktrittbremse M. 14.— Aufschl.
Sämtliche Räder sind mit Doppelglockenlager versehen und leisten für jedes Rad eine schriftl. 2jährige Garantie gegen Rahmen- und Gabelbruch.
Fahrrad-Mantel M. 2,95 3,65 3,95 4,80
Fahrrad-Schläuche M. — 95 1,35 1,65
Verlangen Sie sofort kostenlos ausführlichen Katalog über Nähmaschinen, Musik- u. Spielwaren
Emil Levy, Hildesheim.

Reine Haut

Umsonst teilen wir mit, wie Hautausschläge, Flechten (nässende u. trockene) Mitesser, Pickel, rauhe grobporige Haut, Wundsein, Gesichtsrötchen, Nasenrötchen, Sommersprossen usw. schnellstens zu beseitigen sind, wenn auch schon jahrelang vergeblich Hilfe gesucht worden ist. Nur einmalige kleine Ausgabe. D.R.P. Keine Salbe, keine Tinkturen oder Tee. Verblüffend in Anwendung und Erfolg.

Sanitas-Depot, Charlottenburg 5
Abteilung: R 191

Bandwurm

mit Kopf
Spul- und Madenwürmer
entfernt gewissenhaft ohne Hungerkur, ohne Berührung auf natürlichem Wege, leicht einzunehmen auch für Kinder, gänzlich unschädlich.
Als sicheres Zeichen, dass Würmer vorhanden sind: Bläuen des Gesichts, blaue Ringe um die Augen, matter Blick, Abmagerung, Verschleimung, belegte Zunge, Appetitlosigkeit abwechselnd mit Heißhunger, Verdauungsschwäche, Uebelkeiten, Aufstossen eines Kneusels bis zum Halse, häufiges Aufstossen, Schwindel, öfters Kopfschmerz, unregelmäßiger Stuhlgang, Zucker im After, Koliken, Kollern und rollenartige Bewegungen. Langjähriges Institut gegen Wurmeiden.
C. Thiele, Med.-Drogist u. Kranken-Behandler
Hamburg E 76, Catharinenstraße 2
29jähr. Praxis Preis per Nachnahme Mk. 5.—
Bestellen Sie sofort, auch Sie werden mir dankbar sein. Ausschneiden! Aufbewahren!

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

la. Zigarren, Zigaretten

Rauch- u. Kautabak

nur beste Qualitäten erster Firmen

Große Auswahl in

Amboina, Bruhere-

Pfeifen und Nagen

Feuerzeuge u. sonst Rancheutenfilien

Fr. Herm. Bohmer,

Bahnhofstr. Schalksmühle. Bahnhofstr.

Einkochgläser Einmachgläser Einmachtopfe

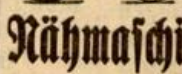
von 20—80 Liter

vorrätig

Wilh. Bell jr.,
Halver.



Fahrräder



Nähmaschinen

Reparaturen werden prompt und billigst ausgeführt.

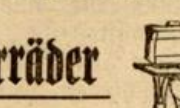
Albert Dinnepe, Halver.

Telefon 192.

Volta

Batterien

frisch eingetroffen.
Wilh. Bell jr.,
Halver.



Rühe

Haben Freitag morgen den 30. d. M. hochtrag.

zum Verkauf stehen.

Walter u. Herm. Moos,

Redt-Müllendach.

Ziegenzuchtverein Buschhausen.

Sonntag, 1. Nov.
nachm. 4 Uhr

Versammlung

in Anschlag

Der Vorstand.

Westf. Bauernverein
Kierspe-Bhf.

Der Sprechtag

findet nicht am 29. 10.
sondern am

5. November 1925
im Hotel Cramer in
Kierspe-Bhf. von 1
bis 5 Uhr statt

Für Donnerstag und
Freitag dieser Woche
empfehle wieder la frisch

Nordsee-Schellfisch,
Krabben, Portions-
schellfisch und grüne
Seringe.

Franz E. Lausberg, Halver
Frankfurterstr. 16.

Zum Adler

Gebrachte, aber gut
erhaltene Spitzkops-

Schuster-Maschine

hat preiswert abzugeben.

Zu erfrag. in d. Geschf.
d. Mlg. Anz. Halver.